

## Antrag A3: Freie Fahrt für Azubis!

<b>Antragsteller*in:</b>	Paul Gruber (Linksjugend [`solid]), Carolin Held (Erfurt), Björn Schröter, Julian Degen (Erfurt)
<b>Status:</b>	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE. Thüringen fordert die Landesregierung und den Thüringer Landtag dazu auf
- 2 das thüringenweite AZUBI-Ticket zu verstetigen und Auszubildende und Freiwilligen-
- 3 dienstleistende von den Kosten gänzlich zu befreien und die Wirtschaft/Arbeitgeber:
- 4 innen an der Finanzierung zu beteiligen.

### Begründung

Deutschlandweit wagte Thüringen einen großen Wurf und führte 2018 für ein Jahr das Pilotprojekt AZUBI-Ticket ein. Schnell wurde klar: Das AZUBI-Ticket ist ein Erfolg! Mittlerweile gibt es rund 12.000 monatliche Abonenn:innen, Tendenz steigend. Das Pilotprojekt wurde also jedes Jahr vom zuständigen Ministerium um ein weiteres Jahr verlängert, so auch letztes Jahr. Die Forderung nach einer Verstetigung ist somit nur ein logischer nächster Schritt, um den Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden die Gewissheit zu geben, dass sie langfristig mit dem vergünstigten Ticket als Verkehrsmittel planen können. Hierdurch leistet die Landesregierung nicht nur einen Beitrag zur dringend benötigten Verkehrswende, sondern leistet zusätzlich auch einen Beitrag zur Unterstützung von Handwerk, Handel und Gewerbe bei der Gewinnung von Lehrlingen (zukünftigen Facharbeitern).

Zu Beginn des Pilotprojekts betrug die Kosten für das monatliche Ticket 50€ im Monat und stiegen mit Beginn 2022 auf 60€ an. Wir finden: Das ist zu viel, denn Bildung muss kostenlos sein! Teilweise verdienen Auszubildende weit weniger als 1000€ im Monat und dann noch 60€ für klimafreundliche Mobilität zu bezahlen ist definitiv zu viel. Doch nicht nur die urlinke Forderung nach kostenloser Bildung ist Grund für diese Forderung. Auch mit Blick auf eine ökologisch verträgliche Verkehrswende ist der ÖPNV eine wichtige Säule. Schafft das Land die Möglichkeit, ÖPNV kostenlos zu nutzen, ist das auch ein zusätzlicher Anreiz auf das Auto zu verzichten und so wäre gleichzeitig auch ein wichtiger Beitrag zur dringend notwendigen Verkehrswende geleistet.

Diese Forderung stellt die allgemeine Position der LINKEN, dass der ÖPNV generell für alle kostenlos nutzbar sein sollte nicht in Abrede. Die in diesem Antrag ausgedrückte Forderung kann nur ein erster Schritt sein.

**Unterstützer\*innen:**

**Ulrike Grosse-Röthig, Gudrun Lukin, Christian Schaft**